

Aktuelle politische Lage in Afghanistan

Dr. Alema

Working Paper Nr. 1

**Transformation und Schutz: Zukunftsmodelle für Afghanistan
und Schutzkonzepte für gefährdete Afghan:innen**

Juli 2025

Das Urheberrecht liegt bei den Autor*innen.

Working-Papers des Forschungsprojekts *Transformation und Schutz: Zukunftsmodelle für Afghanistan und Schutzkonzepte für gefährdete Afghan:innen* dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen aus laufenden Arbeiten im Vorfeld einer späteren Publikation. Sie sollen den Ideenaustausch und die akademische Debatte befördern. Die Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in einem Working -Paper ist nicht gleichzusetzen mit deren endgültiger Veröffentlichung und steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form ausdrücklich nicht entgegen.

Bitte zitieren als:

Alema: (2025): Aktuelle politische Lage in Afghanistan. Working Paper Nr. 1 des Forschungsprojekts *Transformation und Schutz: Zukunftsmodelle für Afghanistan und Schutzkonzepte für gefährdete Afghan:innen*. Frankfurt University of Applied Sciences.

Kontakt: Forschungsprojekt Transformation und Schutz

Prof. Dr. Marei Pelzer

Email: marei.pelzer@fra-uas.de

Frankfurt University of Applied Sciences

Fachbereich 4 – Soziale Arbeit und Gesundheit

Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main

Gefördert durch:

**stiftung
PRO ASYL**

Aktuelle politische Lage in Afghanistan

Vier Jahre nach August 2021 befindet sich Afghanistan immer noch in einer Krise. Die Wirtschaft ist weiterhin instabil und kann selbst die grundlegenden Bedürfnisse der wachsenden Bevölkerung nicht erfüllen. Schätzungsweise 23,7 Millionen Afghanen brauchen humanitäre Hilfe¹, was diese Region in eine der schlimmsten humanitären Lage weltweit gestürzt hat. Gleichzeitig leben in der Region schätzungsweise 9 Millionen vertriebene Afghaninnen und Afghanen, was global eine der größten Vertreibungssituationen darstellt.² Diese Krise hat sich durch die Rückkehr vieler Menschen aus Pakistan und dem Iran noch verschärft, wo über 4,8 Millionen Menschen von einer Zwangsrückführung bedroht sind.³ Diese Rückkehrer verschärfen die humanitäre Lage und den Schutzbedarf und machen deutlich, dass dringend nachhaltige Strategien zur Wiedereingliederung gebraucht werden, um wiederkehrende Zyklen von Vertreibung, Gewalt und Armut zu brechen. Angesichts der zu erwarteten Ankunft von Hunderttausenden Rückkehrern in diesem Jahr und einer deutlichen Verringerung der internationalen Unterstützung werden die oft kaum mehr existierenden afghanischen Strukturen vor enorme Herausforderungen gestellt sein, die den Druck auf die ohnehin schon prekären Lebensumstände weiter erhöhen werden.⁴

Die Menschenrechtskrise eskaliert ebenfalls mit weit verbreiteter Unterdrückung der Bevölkerung und einem zunehmend repressiven Klima sowie einer brutalen Einschränkung der Medien und der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die restriktive Politik der Taliban – einschließlich der Durchsetzung des „Gesetzes zur Förderung der Tugend und Verhinderung des Lasters“ (Propagation of Virtue and Prevention of Vice in Afghanistan PVPV)⁵ und des Verbots der Ausbildung von Mädchen und der medizinischen

¹ https://unama.unmissions.org/sites/default/files/sg_report_on_afghanistan_march_2024.pdf

² <https://www.unrefugees.org/emergencies/afghanistan/>
<https://www.watson.ch/international/wissen/897760680-das-sind-die-10-schlimmsten-humanitaeren-krisen-der-gegenwart>

https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/eu-provide-eu161-million-humanitarian-aid-afghanistan-2025-2025-06-17_en

³ Iran: Massenabschiebungen von Afghanen wie in Pakistan? – DW – 13.11.2023

⁴ <https://www.unhcr.org/de/news/aktuelle-meldungen/massenrueckfuehrungen-bringen-afghanistan-den-rand-des-zusammenbruchs>

⁵ <https://rta.af/fa/article4817/#:~:text=نهى عن المنكر وسمع شكايات می باشد>

Ausbildung⁶ – schränkt den Handlungsspielraum der noch vor Ort tätigen internationalen Organisationen weiter ein. Gleichzeitig gehen die Finanzmittel der Geber stetig zurück, sodass die Partner gezwungen sind, wichtige Dienste einzustellen, wodurch Millionen Menschen in Gefahr geraten.⁷

De facto festigen die Taliban ihre Macht und setzen ihre Herrschaft durch Unterdrückung und institutionalisierte Angst und Schrecken durch. Die verschärfte Unterdrückung, die Ausweitung der Diskriminierung von Frauen und Mädchen, der schwindende Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft, die Verletzung ethnischer und religiöser Rechte sowie die alarmierende Zunahme von körperlicher Züchtigung und anderen Formen der Gewalt sind ernstzunehmende Warnsignale für eine Herrschaft ohne Legitimität.⁸

Auf außenpolitischer Ebene ist eine Veränderung zu verzeichnen. In Anbetracht der signifikanten Veränderungen in der geopolitischen Landschaft modifizieren einige wesentliche Akteure der internationalen Gemeinschaft sukzessive ihre Haltung und ihren Ansatz und akzeptieren die De-facto-Herrschaft der Taliban, wie kürzlich durch die Anerkennung der Taliban-De-facto-Regierung seitens Russlands dokumentiert wurde. In Deutschland schließt das auch die Migrationsdebatte ein - und die hierbei bezeichnenden Auswüchse der Phantasien, afghanische Geflüchtete zu deportieren.⁹ Auf konsularischer Ebene schreitet die ‚technische‘ Zusammenarbeit weiter voran: die De-facto-Regierung der Taliban hat inzwischen Vertretungen in einer Reihe von Ländern etabliert. In Ländern wie den Niederlanden, Spanien, Norwegen, der Türkei, China, Iran und Pakistan sind die afghanischen Vertretungen an die Taliban gebunden.

Noch abwartend, welche Auswirkungen die militärischen US-Interventionen im Iran haben werden, scheint sich eine radikale Kehrtwende in der Haltung der USA

⁶ <https://docs.un.org/en/A/HRC/53/21>
www.bbc.com/persian/articles/cy0kld42xexo.
www.proasyl.de/wp-content/uploads/Einschraenkungen_Frauen_Afgh_BBC-29.01.23_deutsche_Uebersetzung.pdf.

<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/afghanistan-frauen-ausschluss-medizinische-institute>

⁷ <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/afghanistan-trump-usaid-not-100.html>

⁸ <https://www.derstandard.de/story/3000000183812/laut-uno-ueber-200-aussergerichtliche-toetungen-unter-taliban-herrschaft>

⁹ https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Stellungnahmen/Stellungnahme_Abschiebungen_nach_Afghanistan.pdf

abzuzeichnen, die sich nun ausschließlich auf die Befreiung der verbleibenden US-Geiseln und die Terrorismusbekämpfung konzentriert. Fast alle US-Hilfen werden gestrichen, da man keinen Mehrwert in einem Engagement mit den Taliban oder in der Unterstützung humanitärer Bemühungen sieht. Dies widerspricht früheren Äußerungen Präsident Trumps, wonach es u.U. Überlegungen anzustellen wären, selbst die ehemalige Luftwaffenbasis Bagram wieder in Beschlag zu nehmen.¹⁰

Derweil hat Pakistan die diplomatischen Beziehungen offiziell auf Botschafterebene angehoben¹¹, und Russland hat einen von den Taliban nominierten Botschafter in Moskau akzeptiert¹², während Taliban-Delegationen kürzlich Russland, Iran und Usbekistan besucht haben. Mitte Mai fand das erste Ministertreffen seit 2021 zwischen dem Indischen Außenminister Jaishankar und seinem Taliban-Amtskollegen statt. Die Krise zwischen Indien und Pakistan, der trilaterale Dialog zwischen China, Afghanistan und Pakistan¹³ (Peking, 21. Mai 2025) und der Krieg zwischen Israel und Iran stellen neue Elemente in diesem regionalen Kontext dar, die womöglich eine ‚Normalisierung‘ eher beschleunigen.

Am 03.07.2025 erfolgte seitens der Russischen Föderation als erstem Staat die offizielle Anerkennung der Herrschaft der Taliban.¹⁴

Die vorliegende Anerkennung wird individuell sowie bilateral initiiert.

In Anbetracht der signifikanten Rolle und Position Russlands im Sicherheitsrat und der globalen Ordnung lässt sich die Hypothese aufstellen, dass die Anerkennung der Taliban-Regierung durch Russland den Auftakt eines Prozesses markiert, in dessen Folge andere Länder das Islamische Emirat ebenfalls bilateral anerkennen könnten. Es ist daher zu prognostizieren, dass andere Länder der Region, insbesondere solche, die enge Beziehungen zur Taliban-Regierung unterhalten, nach russischem Vorbild vorgehen und die Anerkennung bilateral statt über multilaterale Mechanismen umsetzen werden.

¹⁰ <https://indianexpress.com/article/explained/explained-global/as-trump-invokes-bagram-story-of-the-strategic-air-base-in-afghanistan-9979647/>

¹¹ <https://apnews.com/article/pakistan-sending-ambassador-afghanistan-afghan-taliban-f232ebb219524d80b530c0ad70b5df31>

¹² <https://www.tagesspiegel.de/internationales/nach-mehr-als-20-jahren-russland-streicht-taliban-von-terrorliste-13559464.html>

¹³ https://english.www.gov.cn/news/202505/22/content_WS682e8d81c6d0868f4e8f2bbb.html

¹⁴ Russland erkennt als erster Staat Taliban in Afghanistan an | tagesschau.de
<https://www.bbc.com/news/articles/c78n4wely9do>

Es wird davon ausgegangen, dass die zentralasiatischen Länder diesem Beispiel folgen werden, sowohl aufgrund ihrer geopolitischen Unterordnung unter Russland als auch aufgrund ihrer engen Beziehungen zur Taliban-Regierung. Unter den zentralasiatischen Ländern sind Usbekistan und Kasachstan als Vorreiter zu identifizieren. Die Republik Kasachstan hat, ebenso wie die Russische Föderation, die Taliban von der Liste der terroristischen Gruppierungen gestrichen. Dies kann als eine der Voraussetzungen für eine Anerkennung betrachtet werden.¹⁵

Die EU und ihre Mitgliedstaaten bestätigen derweil, dass es keine Pläne gibt, das Engagement gegenüber den Taliban über die derzeitige Praxis auf der Grundlage der bestehenden Ratsschlussfolgerungen hinaus auszuweiten. Vorrang sollte weiterhin der Bereitstellung humanitärer Hilfe eingeräumt werden¹⁶, wobei substantielle Zugeständnisse an die De-facto-Behörden ohne echte Fortschritte vor Ort – insbesondere in Bezug auf inklusive Regierungsführung und Menschenrechte – auszuschließen seien. Dies wirft die Frage auf, wie ein konstruktiver Dialog mit den De-facto-Behörden aufgenommen werden kann, um genau solche Fortschritte vor Ort erzielen zu können.

Angesichts der Tendenz zur „Bilateralisierung“ der Beziehungen zu Afghanistan (insbesondere durch die Vereinigten Staaten, China, Russland, Indien und die Nachbarländer) legt die EU den Schwerpunkt weiter auf den von der UNAMA geführten Doha-Prozess, für den im September konkretere Vorschläge für „nächste Schritte“ im sogenannten Mosaik-Plan erwartet werden.

Der von der UNAMA geleitete multilaterale Prozess in Doha bringt Vertreter*innen aus 25 Nationen mit den Taliban zusammen, darunter traditionelle Geber wie die EU-Mitgliedstaaten, Japan, Australien und Kanada. Dieser Prozess ist für den Sommer dieses Jahres geplant, allerdings voraussichtlich ohne die USA.

Das US-Repräsentantenhaus hat ein neues Gesetz verabschiedet, das verhindern soll, dass amerikanische Steuergelder der von den Taliban geführten Regierung in Afghanistan zugutekommen.¹⁷

¹⁵ چرا روسیه در شناسایی حکومت طالبان پیشگام شد؟ | افغانستان اینترنشنال

¹⁶ https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/eu-provide-eu161-million-humanitarian-aid-afghanistan-2025-2025-06-17_en

¹⁷ <https://www.argunners.com/u-s-sending-millions-afghanistan-taliban-cashing/>

Das von dem republikanischen Abgeordneten Tim Burchett eingebrachte Gesetz "Keine Steuergelder für Terroristen" wurde von beiden Parteien unterstützt und ohne Einwände verabschiedet.

Der Doha-Prozess stellt nach wie vor den einzigen multilateralen Prozess dar, der das kollektive Engagement dieser internationalen Partner gegenüber den Taliban in eine bestimmte Richtung lenkt. So wird eine Annäherung an das Ziel eines Friedens in Afghanistan und langfristiger Perspektiven für das Land sowie für die Beziehungen zu den Nachbarstaaten erreicht. Die Reintegration Afghanistans in die internationale Gemeinschaft ist ein langfristiges Ziel, das jedoch unter der Maßgabe steht, dass Afghanistan seinen internationalen Verpflichtungen nachkommt. Dies wurde in der Resolution 2721 (2023) des Sicherheitsrats bekräftigt. Im März 2023 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in einer Resolution eine unabhängige Evaluierung der Hauptprobleme in Afghanistan gefordert. Es wurden zukunftsweisende Empfehlungen verlangt, und die Bewertung sollte bis zum 17. November 2023 abgeschlossen sein. „... ersucht den Generalsekretär, in Absprache mit den Mitgliedern des Sicherheitsrats, den zuständigen afghanischen politischen Akteuren und Interessenträgern, einschließlich der zuständigen Behörden, der afghanischen Frauen und der Zivilgesellschaft, sowie mit der Region und der breiteren internationalen Gemeinschaft zeitnah eine Sondergesandte oder einen Sondergesandten für Afghanistan zu ernennen und ihr oder ihm robustes Fachwissen in den Bereichen Menschenrechte und Geschlechtergleichstellung bereitzustellen, um die Umsetzung der Empfehlungen aus der unabhängigen Bewertung zu fördern, unbeschadet des Mandats der UNAMA und der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und ihrer unverzichtbaren Tätigkeit in Afghanistan.“ (<http://unscr.com/en/resolutions/doc/2721>, 2023)

Im April 2023 ernannte UN-Generalsekretär António Guterres Feridun Sinirlioğlu zum Sonderkoordinator für Evaluierung in Afghanistan.¹⁸ Die von den Taliban de facto etablierte Regierung verweigerte ihm jedoch die Anerkennung.¹⁹ Seine Lösungsvorschläge wurden nicht umgesetzt, insbesondere die Etablierung eines

¹⁸ <https://press.un.org/en/2023/sga2194.doc.htm>

¹⁹ <https://www.darivoa.com/a/uk-deplomat-met-taliban-fm/7403741.html>
<https://www.bbc.com/persian/articles/cg3x63n3577o>

permanenten VN-Sondergesandten (und damit die Festschreibung der Internationalisierung des Konflikts).

Wie bereits erwähnt, findet dieses von UNAMA geleitete Doha-Format nicht mehr allein auf diplomatischer Ebene statt, sondern sieht sich den Trends der immer stärkeren Bilateralisierung konfrontiert, neben immer wieder neuen Versuchen, eher regional begrenzte Formate ins Leben zu rufen.

Um die prinzipiell strittigen politischen Grundsatzfragen zu vermeiden, schlug UNAMA zunächst vor, technische Arbeitsgruppen einzurichten, die konkrete Kooperationsmöglichkeiten in den Feldern von Counter-Narcotics und der Entwicklung des Privatsektors auszuloten.²⁰

Parallel dazu sollte dann schrittweise eine Roadmap etabliert werden, die in einem Zug-um-Zug Verfahren die angestrebten und notwendigen Veränderungen definiert – im Gegenzug zu einer schrittweisen Integration und letztlich Anerkennung der De-facto-Behörden.²¹

Diese Roadmap ist bisher jedoch nur Theorie geblieben. Die jüngste Version wurde im Frühjahr 2025 vorgestellt (der sogenannte „Mosaik-Plan“) Kernpunkte dabei sind:

- Einhaltung von Afghanistan internationale Verpflichtungen/Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Frauen
- Ausarbeitung einer gemeinsamen Definition der inklusiven Regierungsführung und Gewährleistung einer repräsentativen Beteiligung der afghanischen Gesellschaft
- Sicherheit und Terrorismusbekämpfung
- Wirtschaftliche Entwicklung mit dem Ziel eines schrittweisen Ansatzes zur Wiederherstellung der Bankbeziehungen, um die Wirtschaftstätigkeit und den Austausch mit dem Privatsektor zu erleichtern
- Gewährung einer diplomatischen Vertretung als ein Endresultat, sobald Afghanistan wieder vollständig in die internationale Gemeinschaft integriert ist²²

²⁰ <https://www.afintl.com/en/202411281855>

²¹ [نگاهی به طرح موزاییک سازمان ملل برای افغانستان](#)

²² <https://8am.media/eng/the-uns-mosaic-plan-will-the-taliban-regime-gain-recognition/>

Auf der anderen Seite stehen die Interessen der Taliban an

- der Aufhebung der verbleibenden Sanktionen, sowohl auf UN-Ebene als auch auf nationaler Ebene,
- der Freigabe von Finanzmitteln,
- der Wiederaufnahme der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit und natürlich
- der vollen Anerkennung der De-facto-Regierung.²³

Die von UNAMA organisierten verschiedenen Gesprächsrunden werden vornehmlich in zweierlei Hinsicht kritisiert: Zum einen werden keine anderen Repräsentanten Afghanistans zugelassen als die der Taliban und zivilgesellschaftliche Organisationen finden praktisch kein Gehör. Zum andern bleibt es außerordentlich fraglich, inwieweit Konzessionen auf der Geberseite irgendeine Änderung der Politik auf Seiten der De-Facto Behörden nach sich zieht. Ablehnung und Zurückweisung beinahe aller substantiellen Forderungen der Geber lässt bisher auf einen sehr einseitigen Prozess schließen.

Der noch amtierende ständige Vertreter Afghanistans bei den Vereinten Nationen in New York erklärte, dass die Pläne eine Normalisierung ohne Konsultation, Anwesenheit und Zustimmung der legitimen Vertreter des Volkes, einschließlich der demokratischen Kräfte und der Frauen, inakzeptabel seien.²⁴

Auch Frauenprotestbewegungen reagierten auf den Plan mit großer Entschlossenheit. Es wird argumentiert, dass die Vereinten Nationen im Geheimen mit den Mitgliedsstaaten des Doha-Prozesses und den Taliban über die Zukunft des afghanischen Volkes diskutieren, ohne dass andere Parteien und eine Vertretung von Frauen anwesend sind.²⁵

Am Rande des „Antalya-Prozesses“ kritisierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den von den Vereinten Nationen ausgearbeiteten „Afghanistan-Mosaikplan“ heftig.

Nasir Ahmad Andisha, der afghanische Repräsentant in Genf, erklärte, in diesem Plan würden die Taliban als „Hauptakteur“ und das afghanische Volk,

²³ طرح موزاییک «یا عادی سازی روابط با طالبان؟ | نیمرخ»

²⁴ <https://www.afghanpaper.com/nbody.php?id=177239>

²⁵ طرح موزاییک «یا عادی سازی روابط با طالبان؟ | نیمرخ»

Menschenrechtsverteidiger, Frauen und die Zivilgesellschaft als „weitere Interessenvertreter“ bezeichnet.

Er fügte hinzu: „Einige UN-Vertreter sind der Ansicht, dass viele der afghanischen Exilkräfte nicht wichtig genug sind, um in Diskussionen über Afghanistan einbezogen zu werden.“²⁶

Es existieren zwei divergierende Auswertungen des Mosaikplans. Die eine geht von der Prämisse aus, dass dieser auf Sinirlioğlus Bewertung Afghanistans basiert, während die andere die Auffassung vertritt, dass dies nicht der Fall sei. Exemplarisch sei an dieser Stelle Stephen Smith angeführt, der als Sprecher von UNAMA in Afghanistan fungiert, und der sich zum Mosaikplan geäußert hat. Dieser resultiert aus einer umfassenden Konsultation mit sämtlichen Interessengruppen. Die Konsultationen wurden nach der Publikation von Sinirlioğlus unabhängiger Evaluation Afghanistans initiiert.

Der Plan fußt auf Sinirlioğlus Bewertung, in der ein "Afghanistan in Frieden mit sich selbst und seinen Nachbarn, das vollständig in die internationale Gemeinschaft zurückgekehrt ist und seinen internationalen Verpflichtungen nachkommt, ohne einen weiteren Zyklus der Gewalt zu durchlaufen" als ultimatives Ziel ins Auge gefasst wird. Diese Information wurde durch den UNAMA-Sprecher Amu TV mitgeteilt²⁷.

Die Bewertung wurde dem UN-Sicherheitsrat am 9. November 2023 vorgelegt. Auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat sich in der Resolution 2721 positiv zu dieser Einschätzung geäußert.

Gemäß der zweiten Auswertung, die von einer westlichen diplomatischen Quelle mit dem Mosaikplan vorgenommen wurde, ergibt sich eine Diskrepanz zwischen dem UN-Plan und dem unabhängigen Bericht von Sinirlioğlus. Ein hochrangiger westlicher Diplomat äußerte gegenüber Amu die Ansicht, dass die UNAMA einen neuen Plan initiiert habe, der die vorherigen Prozesse ignoriert.²⁸

Eine detaillierte Analyse des Mosaikplans offenbart jedoch Folgendes: Es wurde eine neue Skizze angefertigt.

²⁶ <https://www.etilaatroz.com/231620/criticism-of-the-un-plan-at-the-antalya-process-meeting>

²⁷ <https://amu.tv/fa/171757/>

²⁸ <https://amu.tv/fa/171757/>

Die vorliegende Analyse fokussiert sich auf die Taliban als Hauptakteure und beleuchtet, inwiefern ihre Interessen berücksichtigt werden. Der Diplomat, der wegen der Sensibilität des Themas nicht genannt werden wollte, fügte hinzu, dass der Plan nicht der nächste Schritt in einem Prozess sei, der auf dem Sinirlioğlu-Bericht und der Resolution 2721 des UN-Sicherheitsrats basiert²⁹.

In seinem Artikel gelangt Arif Dostiar³⁰ zu dem Schluss, dass es vier Optionen gibt, damit die "Nicht-Taliban"-Akteure – darunter zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Kräfte, Oppositionsgruppen, Frauen und Jugendliche sowie unabhängige Persönlichkeiten – konstruktiv mit dem Mosaikplan umgehen können.

Im Folgenden werden vier Optionen präsentiert, die als optimistisch zu bewerten sind und daher in die Betrachtung miteinbezogen werden sollten.

1) Gezielter Protest

Der Widerstand gegen den Plan kann verschiedene Formen annehmen. Damit der Protest wirksam ist, muss er mit konkreten und umsetzbaren Forderungen einhergehen. Nur dann können internationale Protestinitiativen – einschließlich der Mosaik-Initiative – echten Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen.

2) Für eine Reform der Initiative eintreten

Die politischen und sozialen Bewegungen des Landes können ihre Forderungen bei Schlüsselländern wie den G7- und UN-Vertretern einbringen. Für effektive Lobbyarbeit sind drei Punkte wichtig: klare und spezifische Forderungen, breite Unterstützung und Vereinbarkeit mit den Interessen einflussreicher Länder und den Prioritäten der UN.

3) Strategische Nutzung einer engen Öffnung

Der Mosaik-Plan kann als enge Öffnung für Präsenz und Forderungen dienen, sofern diese Präsenz zielgerichtet und kalkuliert ist. Die "Öffnung" bezeichnet hier kein Ziel, sondern einen Raum, der genutzt werden kann, um in Dialog zu treten und den Prozess zu beeinflussen. Es ist möglich, strukturelle und makroökonomische Veränderungen zu

²⁹ <https://amu.tv/fa/171757/>

³⁰ Aref Dostiar ist leitender Berater am Institut für Internationale Friedensstudien der University of Notre Dame. Er war unter der vorherigen afghanischen Regierung Generalkonsul in Los Angeles.

fordern, aber auch, diese Möglichkeiten zu nutzen. Die Kombination aus Druck für grundlegende Forderungen und der Nutzung eines engen Einflussspielraums ist eine Methode in politischen Verhandlungen.

4) Vorlage eines Alternativplans

Es besteht die Möglichkeit, eine realistische Alternative zu entwerfen, die umsetzbar und international präsentierbar ist. Dies erfordert jedoch eine koordinierte und fokussierte Umsetzung³¹.

Für den Herbst 2025 bleibt abzuwarten³², ob es UNAMA gelingt die „Puzzlesteine“ ihres Mosaiks in einen stringenten Fahrplan zu überführen, der insbesondere die Fragen der Inklusivität des Prozesses (= Beteiligung der afghanischen Zivilgesellschaft in Afghanistan und im Exil) sowie der grundlegenden Menschenrechte und damit verknüpften internationalen Verpflichtungen zufriedenstellend beantwortet.

Politisch wird Vieles dabei davon abhängen, ob die „Bilateralisierung“ der Beziehungen weiter voranschreitet und damit Fakten geschaffen werden, die auf Multilateraler Ebene dann nur noch „zu akzeptieren“ sind. Die Relevanz des Doha-Prozesses steht auf diese Weise immer mehr selbst zur Diskussion.

Um relevant zu bleiben, müsste der Mosaik-Plan der Vereinten Nationen sich dafür viel mehr auf Inhalte als auf den bloßen Prozess konzentrieren. Angesichts der allgemeinen Kürzungen der Auslandshilfe (durch die die EU plötzlich zum „größten“ Geber geworden ist)³³ wird es Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen sein, die verbleibenden „multilateralen“ Stränge stärker als in der Vergangenheit in diese Richtung zu lenken.

³¹ <https://www.etilaatroz.com/228698/four-alternatives-to-the-uns-mosaic-plan-for-afghanistan/>

³² Das katarische Außenministerium und die stellvertretende Sondergesandte des UN-Generalsekretärs für Afghanistan bereiten die vierte Afghanistan-Doha-Konferenz vor. مقامات قطری و نماینده سازمان ملل برای برگزاری دور چهارم نشست دوحه گفتگو کردند | آریانا نیوز

³³ EU to provide €161 million in humanitarian aid for Afghanistan in 2025 - [European Commission](#)